

Berlin/ Bremen, den 9. Oktober 2023

PRESSEMITTEILUNG

LINKE Funktions- und Mandatsträger*innen reichen Ausschlussantrag gegen Sahra Wagenknecht ein

Am heutigen Montag, den 9. Oktober, haben über 50 Mitglieder der Partei DIE LINKE einen Ausschlussantrag gegen Dr. Sahra Wagenknecht bei der Landesschiedskommission DIE LINKE NRW eingereicht. Die Unterzeichnenden kommen aus verschiedenen Landesverbänden und Strömungen, sind Landes- oder Kreissprecher*innen, Mitglieder in Landesvorständen, Fraktionsvorständen in Landtags- oder Stadtratsfraktionen, Mitglieder in Kommunalparlamenten, Landtagen und Landesregierungen oder im Bundestag, kommen aus Gewerkschaften, Wissenschaft oder außerparlamentarischen Bewegungen.

Für die Unterzeichnenden erklären Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft, und Elif Eralp, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und des Fraktionsvorstands:

„Wir stehen zu unserer Partei DIE LINKE, zu ihren demokratisch beschlossenen Positionen, ihrer Pluralität und ihrem gewählten Vorstand. Sahra Wagenknecht tut das nicht. Seit mehreren Monaten erwägt sie öffentlichkeitswirksam die Gründung einer konkurrierenden Partei. Dabei betont sie, dass es ausschließlich praktische Fragen sind, die sie noch warten lassen. Ein Verein zur Vorbereitung und zum Aufbau entsprechender Strukturen ist offenkundig bereits gegründet worden.

Die mehrfachen Aufforderungen der Parteivorsitzenden, sich von den Parteinuigründungsplänen zu distanzieren sowie die Aufforderung des Parteivorstandes, ihr Mandat zurückzugeben, hat sie bis heute missachtet. Wir unterstreichen deshalb den Beschluss des Parteivorstandes vom 10. Juni 2023, dass die Zukunft der LINKEN eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht ist. Und wir beschreiten jetzt den formellen Weg dafür.

Als Antragsteller*innen sind wir der Auffassung, dass das Vorgehen von Sahra Wagenknecht unvereinbar ist mit ihrer Rolle als Bundestagsabgeordnete und Mitglied unserer Partei. Dass sie die breite Öffentlichkeit nutzt, um ihre Pläne zur eventuellen Neugründung einer Konkurrenzpartei bekannt zu machen und wiederholt demokratisch beschlossene Positionen und gewählte Repräsentant*innen angreift, ist illoyal ihrer jetzigen Partei gegenüber. Sie schadet damit massiv der LINKEN, auch in unseren Wahlkämpfen, wie zuletzt in Hessen und Bayern.

Mit unserem Antrag möchten wir unsere Partei vor weiterem Schaden schützen.

Eine Partei, die von ihrer eigenen prominenten Bundestagsabgeordneten permanent Widerspruch erntet, bietet kein klares Profil, wirkt zerstritten und unattraktiv. Aus tiefster Überzeugung kämpfen wir für eine starke LINKE und unsere Ziele: Wir stehen ein für soziale Gerechtigkeit ohne Ausschlüsse. Wir verteidigen die Rechte von Frauen* und Queeren Menschen. Wir wollen Frieden und Solidarität mit Geflüchteten. Wir kämpfen für Klimaschutz und sozialen Ausgleich. Wir fordern nachhaltiges Wirtschaften und Vergesellschaftung. Und wir laden alle, die diese Anliegen teilen dazu ein, sich uns anzuschließen.“

Der Antrag auf Parteiausschluss wird mit dem vorsätzlichen und fortgesetzten Verstoß gegen die Loyalitätspflicht von Mandatsträger*innen und Parteimitgliedern nach § 3 und § 6 der Bundessatzung und des damit verbundenen schweren Schadens für DIE LINKE durch Sahra Wagenknecht begründet.